

Beschränkte Solidarität

Gespräch mit Herrn Marcel Glesener, Präsident des LCGB

forum: *An den Feiern zu 100 Jahren "Rerum novarum" beteiligte sich auch der LCGB. Versteht sich der LCGB auch als kirchliche Bewegung oder wie rechtfertigt er das C in seinem Namen?*

M. Glesener: Die Kirche ist ja die Gemeinschaft aller Christen. Eine Vereinigung, die sich zu den christlichen Prinzipien, zur christlichen Ideologie bekennt, gehört also zur Kirche. Das heißt aber nicht, daß der LCGB der kirchlichen Hierarchie in Luxemburg untersteht. Der LCGB ist eine Gewerkschaft, es ist keine Organisation der Katholischen Aktion. Der LCGB ist die Organisation, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Prinzipien der katholischen Soziallehre in ihrem Wirken zum Tragen zu bringen, so daß es nur normal war, daß der LCGB sich an den Veranstaltungen rundum 100 Jahre "Rerum novarum" beteiligte, sowohl hier im Lande als auch im Ausland, etwa bei der Schlußfeier in Rom. Wir sind praktisch die einzige Organisation, die als Massenbewegung versucht, in der Arbeitswelt die katholische Soziallehre zu verwirklichen.

forum: *Woran merkt man in der Praxis des LCGB, daß er versucht, die katholische Soziallehre anzuwenden?*

M. Glesener: An erster Stelle geht es darum, die Arbeit in dem Maße zu humanisieren, daß der Mensch als Person nicht ausgebeutet wird, sondern sich entfalten kann, daß er durch seine Arbeit seine Persönlichkeit verwirklicht. Es geht darum, in der Arbeitswelt, aber auch rundum, jene Bedingungen zu schaffen, daß die Arbeit nicht abstumpft, sondern der Mensch sich entfalten kann. Zweitens geht es darum, den Werten der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen in unserer Gesellschaft. Das gilt für die gesamte Politik. Da kann man z. B. die Forderung nach Sicherheit und Schutz am Arbeitsplatz, nach Mitbestimmung, nach Beteiligung am Unternehmenskapital und an den Entscheidungsbefugnissen, nach Formationsmöglichkeiten nennen. Da bleibt noch viel zu tun.

forum: *Inwiefern unterscheiden Sie sich in diesen Fragen etwa vom OGBL? In diesen konkreten Fragen sehe ich eigentlich keinen großen Unterschied.*

M. Glesener: Im praktischen Alltag stimmt das. Der OGBL hat sich von der klassenkämpferischen Philosophie entfernt und die soziale Partnerschaft akzeptiert. Kollektivvertragsverhandlungen sind ein we-

sentliches Mittel der Gewerkschaften, um über Lohn und Arbeitsbedingungen mitzudiskutieren und mitzuentcheiden. Das entspricht aber nicht dem Klassenkampfdenken, sondern gehört zum Gedankengut der katholischen Soziallehre seit "Rerum novarum".

forum: *Wenn ich Sie richtig verstehe, sind in der Praxis die Unterschiede zum OGBL also gering.*

M. Glesener: Das würde ich nicht behaupten. Wir haben eine völlig andere Einstellung zum Menschen und zu seinem Platz in der Gesellschaft. Das zeigte sich sehr konkret vor zwei Jahren in der Diskussion um die Sonntagsarbeit. Da stand der LCGB ganz allein, der OGBL trug diese Aktion nicht mit. Für den OGBL ist der Sonntag ein Arbeitstag wie jeder andere, ohne besondere Bedeutung für die Gesellschaft, für das kulturelle Leben usw.

forum: *In einer konkreten Frage wie der aktuellen Krankenkassenreform hat der LCGB aber keine andere Ansichten als nicht-christliche Gewerkschaften.*

M. Glesener: Das stimmt in dem konkreten Fall. Wohl gibt es gelegentlich Meinungsunterschiede ...

forum: *... auch solche, die vom C her begründet sind?*

M. Glesener: Das ist schwer zu sagen. Im Krankenkassendossier geht es darum, dem kranken Menschen eine Genesung zu sichern, ohne daß das einen wirtschaftlichen Einbruch für ihn bedeutet, und zweitens alle Chancen zu erhöhen, daß er möglichst lange bei guter Gesundheit leben kann. Es gibt keine sozialistische und keine christliche Gesundheit. Meinungsunterschiede gibt es aber eventuell in der Organisation des Gesundheitswesens oder des Spitalwesens, etwa in der Frage, ob es mehr staatliche Spitäler geben oder ob die Privatinitiative gefördert werden soll.

forum: *Sie nannten vorhin als ein Prinzip der katholischen Soziallehre den Solidaritätsgedanken. Müßte der nicht im Krankenkassenwesen eine Abwendung von der derzeitigen korporatistischen Struktur mit sich ziehen?*

M. Glesener: Aus diesem Grund gibt es ja die Risikogemeinschaft der Krankenkassen. Ein Arbeiter aus dem Baugewerbe ist ohne Zweifel stärker gesundheitsschädigenden Einflüssen ausgesetzt als ein Bürobeamter. Da muß es eine Solidarität geben. Daher haben wir im Gegensatz zu verschiedenen anderen

Gewerkschaften stets die Risikogemeinschaft befürwortet. Darüber hinaus gibt es in unserer Gesellschaft Gesundheitskosten, die von einer größeren Solidargemeinschaft getragen werden müssen als nur von einer Berufsgruppe. Uns scheint daher der Gedanke, daß wir die Erhöhung der Gesundheitskosten, die durch das gesellschaftliche Phänomen der längeren Lebensdauer bedingt ist, auch auf die gesamte Gesellschaft abwälzen. Es scheint mir daher eine sozialgerechte Lösung zu sein, diese Kosten nicht von der kleinen Solidargemeinschaft einer Krankenkasse tragen zu lassen, sondern von einer Solidaritätssteuer finanzieren zu lassen. Wenn die Zahl alter Leute, deren Gesundheitskosten dreimal höher sind, zunimmt, kann der Staat sich nicht aus der Verantwortung stehlen und seinen Beitrag begrenzen. Das wird uns alle sicher Geld kosten. Aber es ist richtig, daß jene, die mehr zahlen können, auch einen größeren Beitrag zur Solidarität leisten. Dank der Arbeit der gesamten Gesellschaft konnten sich einige proportional stärker bereichern. Deren Solidaritätsbeitrag muß entsprechend größer sein. Die Idee, auf eine Solidaritätssteuer zurückzugreifen, scheint mir also angemessen zu sein. Dasselbe Prinzip gilt ja in der Entwicklungshilfe.

Bauland dürfte nicht der persönlichen Bereicherung dienen dürfen. Es stimmt, daß wir in diese Richtung aktiver werden müssen.

forum: *Papst Johannes Paul II. betonte in seiner Sozialenzyklika "Laborem exercens", daß die Arbeit Vorrang hat vor dem Kapital. Die Arbeiter müßten den Betrieb organisieren und das Kapital in ihren Dienst nehmen, statt umgekehrt. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?*

M. Glesener: Das Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital ist nicht gleichbedeutend mit Autogestion. Es ist klar, daß das Kapital seinen Ursprung der Arbeit verdankt. Der Faktor Arbeit muß im Produktionsprozeß gleichgewichtig mitbestimmen können. Wie das praktisch zu verwirklichen ist, dazu gibt die Kirche keine Anleitungen. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Mitbestimmung auch in Luxemburg weiterentwickelt werden muß. Diese Forderung erhebt der LCGB schon seit Jahren. Das Mitbestimmungsgesetz von 1974 sieht auch eine zweite Phase vor in Richtung paritätische Mitbestimmung. Hier spielt auch die europäische Dimension mit hinein, weil die meisten Betriebe nicht mehr rein nationale Betriebe sind. Also sind auch auf europäischer Ebene Regelungen zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu suchen. Aber dazu liefert die katholische Soziallehre keine fertigen Rezepte.

forum: *Sicher nicht, das ist nicht Aufgabe der Kirche, wohl aber einer christlich inspirierten Gewerkschaft.*

M. Glesener: Wir verlangten ja auch bei unserem letztjährigen Kongreß die Einleitung von Maßnahmen zur Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung. Nicht nur auf höchster Ebene. Auch bei der konkreten Arbeitsplatzgestaltung, bei Fragen der Sicherheit, der Gesundheit ... Zur Zeit gibt es in diesen Fragen nur ein Anhörungsrecht, aber keine Mitbestimmung. Unser letzter Kongreß stand eindeutig unter dem Motto "Humanisierung der Arbeitswelt" und dazu gehört in vorderster Linie der Ausbau der Mitbestimmungsrechte.

forum: *Ein anderes Prinzip der katholischen Soziallehre ist die Sozialbindung des Eigentums. Die katholische Soziallehre betont im Gegensatz zum Marxis-*

mus das Recht des einzelnen auf Privateigentum, aber im Gegensatz zum Liberalismus betont sie, daß das Privateigentum soziale Pflichten mit sich zieht. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Grundsatz in die Praxis umzusetzen?

M. Glesener: Dieses Prinzip bedeutet in der Tat, daß ein Wirtschaftsunternehmen nicht nur den Zweck hat, Profite zu erwirtschaften, sondern auch soziale Aufgaben zu erfüllen hat. So müssen Unternehmer auch familienpolitische Abgaben leisten, die Betriebe müssen ja auch zur Finanzierung der Renten und der Krankenkassen beitragen. Das basiert auf dem Prinzip der Sozialbindung des Eigentums. Ein Teil des Reichtums eines Unternehmers wird also Solidaritätszwecken zugeführt.

forum: *Zur Zeit scheint mir eines der drängendsten sozialen Probleme die Wohnungsnot zu sein. Kann man sich denn nicht vorstellen, daß aufgrund dieses Prinzips der katholischen Soziallehre Hauseigentümer verpflichtet werden könnten, leerstehende Wohnungen zur Verfügung zu stellen oder daß Besitzer von Baulücken zum Wohnungsbau verpflichtet werden?*

M. Glesener: Es stimmt ohne Zweifel, daß der Staat regulierend einwirken muß, etwa um Eigentümer von Bauland, das sie zu Spekulationszwecken ungenutzt liegen lassen, zum Bau von Wohnungen zu zwingen. Bauland dürfte nicht der persönlichen Bereicherung dienen dürfen. Hier müssen legislative Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Daran besteht kein Zweifel.

forum: *Hat der LCGB denn derartige Initiativen ergriffen?*

M. Glesener: Es stimmt, daß wir in diese Richtung aktiver werden müssen. Es ist auch eine Frage von Prioritäten. Während sechs Monaten haben wir uns auf die Krankenkassenreform konzentriert. Da blieb uns keine Zeit, um über Schulpolitik nachzudenken oder über Ausländerfragen, die nicht minder aktuell sind. Während zwei Jahren mußten wir uns gegen die Einführung der Sonntagsarbeit zur Wehr setzen. Vorher ging es während zwei Jahren vorrangig um die Vorruhestandsregelung. Dann bleiben andere Fragen leider liegen.

forum: *Die Wohnungsnot ist ja aber zur Zeit eine Priorität ...*

M. Glesener: Das stimmt ...

forum: *Sie sprachen vorhin die Solidarität mit der Dritten Welt an. Hat der LCGB auch in diese Richtung Aktivitäten laufen?*

M. Glesener: Wir haben eine ganze Reihe Aktivitäten in diesem Bereich. Wir sind dem Weltverband der Arbeitnehmer angeschlossen, dessen Hauptaktivität darin besteht, in armen Ländern den Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen zu unterstützen. In unserm Jahresbudget sind etliche hunderttausend Franken für diesen Zweck vorgesehen.

forum: *Warum war der LCGB (im Gegensatz zum OGBL) denn nicht bereit, die Schaffung der Boutique Tiers Monde in Esch finanziell zu unterstützen?*

M. Glesener: Da bin ich überfragt.

forum: Sie betonten auch die Wichtigkeit der Formation. Gehört dazu auch die katholische Soziallehre?

M. Glesener: Eines der sehr konkreten Ergebnisse des Sozialforums aus Anlaß von 100 Jahren "Rerum novarum" ist unsere Absicht, das Sozialinstitut in Mersch wiederzubeleben, als "Centre de formation sociale, culturelle et religieuse". Das kann der LCGB nicht allein bewerkstelligen, aber wir sind damit beschäftigt, die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen zu klären, um dieses Begegnungszentrum wieder aufleben zu lassen. Dann wird auch wieder stärker eine sozialetische Formation angeboten werden können.

forum: Die gibt es nicht im Rahmen des Bildungsinstituts der Gewerkschaften in Remich?

M. Glesener: Doch zum Teil, aber diese Fragen gehen weit über die Möglichkeiten und Aufgaben einer Gewerkschaft hinaus, und deshalb muß hierzu ein anderer Rahmen geschaffen werden, in Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen der katholischen Familie.

forum: Die Sozialleistungen in Luxemburg sind im weltweiten Vergleich bekanntlich sehr hoch. Es gibt Politiker (vgl. Interview mit Minister J.-Cl. Juncker in "forum", Nr. 130, S. 8f.), die daraus die Folgerung ziehen, daß man unser Wirtschaftswachstum nicht bremsen kann, um eine gerechtere Umverteilung des Kuchens zugunsten der Dritten Welt zu erreichen, weil dann etwa die Finanzierung der Renten in 20 Jahren nicht mehr gesichert ist. Stetig steigendes Wirtschaftswachstum bedeutet aber auch zusätzliche Belastungen für die Umwelt, zusätzliche Immigration mit allen Folgeproblemen etwa in der Schule und auf dem Wohnungsmarkt, noch stärkeres Verkehrsaufkommen, steigender Energiekonsum usw. Ist es nicht auch Aufgabe einer Gewerkschaft, sich Gedanken zu machen über die langfristigen, gesamtgesellschaftlichen Folgen verbesserter Sozialleistungen?

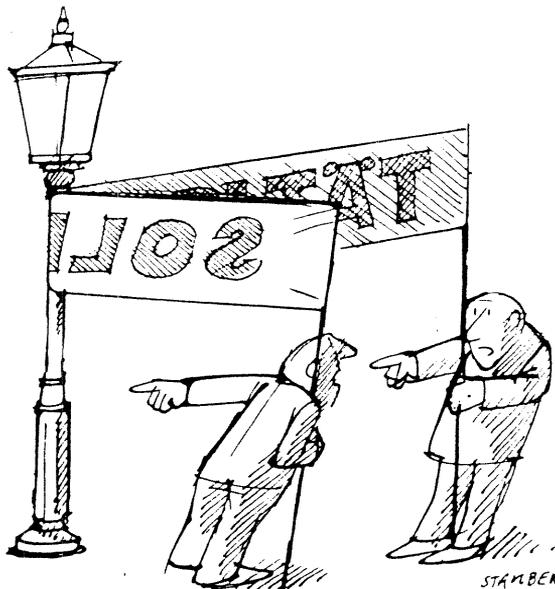
M. Glesener: Es besteht kein Zweifel, daß diese Herausforderung immer stärker auf uns zukommt. Wenn wir die Leistungen der sozialen Sicherheit, wie sie zur Zeit bestehen, auch nur auf ihrem derzeitigen Stand halten wollen, und a fortiori wenn wir sie weiter ausbauen wollen, dann ist das nur möglich, wenn wir bereit sind, mehr dafür zu bezahlen, d. h. von unseren täglichen Konsumausgaben einen Teil für diesen Zweck zu reservieren, oder indem wir das Wirtschaftswachstum fördern, wie es bislang immer geschah. Das bringt natürlich etwa ökologische Probleme mit sich. Da heißt es, Prioritäten setzen. Nun spielt auch wieder die Solidarität eine Rolle ...

forum: Aber man hat den Eindruck, diese Solidarität spielt nur in der Luxemburger Gesellschaft, und nur in der heutigen Generation, aber weder für die Menschen in der Dritten Welt, noch für zukünftige Generationen. Geht diese Solidarität zugunsten besserer Sozialleistungen bei uns nicht auf Kosten der Menschen in anderen Erdteilen? Müßten wir nicht auf ein gewisses Wirtschaftswachstum und damit möglicherweise auf bestimmte Sozialleistungen verzichten, um den Menschen dort einen Teil des Kuchens mitzugeben?

M. Glesener: Wenn wir hier stehenbleiben, bedeutet das nicht, daß die Menschen in der Dritten Welt Nutzen daraus ziehen können. Für den wirtschaftlichen Rückstand der Länder der Dritten Welt gibt es ja mannigfaltige Ursachen: das hängt mit dem Klima zusammen usw. ... Diese Menschen müssen die Möglichkeit zur Formation erhalten. Es gibt ja auch heute Unternehmen, die Betriebe in der Dritten Welt ansiedeln, nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus Rentabilitätsgründen. Es stimmt, daß eine Aufgabe unserer Gewerkschaft auch darin besteht, sich nicht auf unsere Landesgrenzen zu beschränken. Wir müssen diesen Ländern auch finanziell beistehen, sie an unseren Formationsangeboten teilnehmen lassen.

forum: Könnten Sie sich auch einen Solidaritätsstreik zugunsten der Forderungen der Arbeitskollegen in einem Land der Dritten Welt vorstellen, z. B. um bessere Löhne in einem aus Rentabilitätsgründen nach Brasilien ausgelagerten Werk zu erreichen?

M. Glesener: Das ist sehr schwierig. Ich sehe nicht recht, wie das zu bewerkstelligen wäre. Wenn in Brasilien ein zur ARBED-Gruppe gehörendes Werk streikt, was hilft denen dann ein Solidaritätsstreik in Luxemburg?



forum: Allein schon um die Aufmerksamkeit auf diesen Arbeitskonflikt zu lenken. Stauber, in Publik-Forum

M. Glesener: Das hilft denen aber nichts, wenn hier die Aufmerksamkeit auf den Streik in Brasilien gelenkt wird.

forum: Da bin ich mir nicht so sicher. Ich könnte mir vorstellen, daß eine ARBED-Generaldirektion doch umdenken müßte, wenn sie feststellt, sie kann in Brasilien nicht mehr nach Belieben schalten und walten, ohne auch hier Unruhen zu provozieren.

M. Glesener: Eine solche weltweite Solidarität wäre sicher eine schöne Sache, aber wir bringen sie nicht einmal in Luxemburg zustande. Wenn bei der Luxguard Arbeiter Lohnprobleme haben, ist die CGFP nicht bereit, aus Solidaritätsgründen auf ihre Essenszulage zu verzichten. Das wäre doch ein symbolischer Akt, wenn die Staatsbeamten auf die neuerdings für 1993 zugestandenen, steuerfreien 30.000

Dossier

Franken für Essensmarken verzichten würden, um sie den Hungerleidenden in der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Deswegen müßte kein Staatsbeamter zehn Gramm weniger essen im Jahr. Ich gönne den Beamten das Geld gern, doch es zeigt doch, wie hypokritisch unsere Gesellschaft ist. Wer hat sich denn darüber aufgeregt?

forum: Das meine ich ja: Es geht nicht darum, bei uns zugunsten der Arbeitgeber auf Vergünstigungen

zu verzichten, sondern darum, Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Solidarität dort wirksam werden zu lassen, wo sie dringender benötigt wird.

M. Glesener: Das muß dann aber auch entsprechend organisiert werden.

forum: Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch wurde am 28.4.1992 von michel pauly aufgezeichnet.